

Plattform des Bündnisses

Rente zum Leben



Wir wollen

- **eine Rente, die den Lebensstandard im Alter sichert:**
Dazu sind mindestens 70 Prozent des Nettolohns erforderlich.
- **eine Standardrente auf der Basis von 40 Versicherungsjahren wie vor 1992**
- **eine Mindestrente von 1.000 Euro netto**
- **das Recht, mit 60 Jahren ohne Abschläge in Altersrente gehen zu können**
Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit lehnen wir ab.
- **die Einbeziehung aller Erwerbstätigen mit ihrem Einkommen in die gesetzliche Rentenversicherung.** Das ist die Grundlage für die Finanzierung unserer Forderungen. Die Rentenhöhe ist nach oben zu begrenzen. Österreich zeigt, was möglich ist.

842 Euro netto! So unfassbar niedrig war 2015 die durchschnittlich ausgezahlte Altersrente in Deutschland, für Männer 1.006 und Frauen 679 Euro. Doch die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), die von den Konzernen der Metall- und Elektroindustrie finanziert wird, verteidigt die Rente als sicher, fair und gerecht. Dabei geht sie wie die Bundesregierung für 2015 von einer Rente von 1.222 Euro netto aus (1.372 Euro brutto). Diese sogenannte Standardrente, nicht die Durchschnittsrente, soll der Maßstab sein.

Die **Standardrente** bekommt aber nur, wer 45 Jahre für den Durchschnittslohn gearbeitet hat. 60 Prozent der Männer und 90 Prozent der Frauen erreichen diese 45 Jahre nicht. Die meisten kommen auch nicht auf den Durchschnittslohn der Rentenversicherten von 2.947 Euro brutto (1.877 Euro netto) im Jahr 2015.

Notwendige Versicherungsjahre um 1.000 Euro Rente netto zu erreichen <small>ArbeitnehmerInnen (38,5 Std./Woche)</small>	
Lohn	Jahre
8,84 Euro brutto/Std.	73
10,00 Euro brutto/Std.	65
12,00 Euro brutto/Std.	54
15,00 Euro brutto/Std.	43

Wenn Vollzeitbeschäftigte mit 15 Euro brutto/Std. den Durchschnitt von 38 Versicherungsjahren erreichen, liegt ihre Rente nach dem Stand von heute mit 884 Euro nur knapp über der Grundsicherung. Ein Rentensystem mit solchen Folgen verkauft die Metall- und Elektroindustrie als fair, die ihren ehemaligen Konzernchefs wie Winterkorn (VW) Renten um die **100.000 Euro im Monat** zahlt.

Doch sie wollen das Rentenniveau weiter drücken!

Und zwar im Verhältnis zum Durchschnittslohn bis 2030 um rund zehn Prozent (von heute 47,7 Prozent des Nettolohns vor Steuern auf 43 Prozent). Wäre das 2015 schon umgesetzt gewesen, hätte die Durchschnittsrente nur noch 760 Euro betragen, für Männer 907 und Frauen 612 Euro. Wieder rechnen Volkswagen, Daimler, Siemens, deren INSM und die Bundesregierung anders: Die Fata Morgana der Standardrente steigt ihnen zufolge bis 2030 von 1.372 Euro auf 1.824 Euro brutto. Was wollten wir mehr?

Industriekonzerne und Regierung unterschlagen,

- dass die „Soziale Marktwirtschaft“ Niedriglöhne und prekäre Arbeitsverhältnisse immer mehr ausbaut und dadurch auch das Rentenniveau senkt,
- dass die Inflation bis 2030 nicht verschwunden ist (von 2000 bis 2015 hat die Inflation die gesamten Rentenerhöhungen weggefressen),
- dass die Bruttorenten 2030 zu 90 Prozent besteuert werden, nicht mehr wie heute zu 74 Prozent,
- dass es bis 2030 mit Sicherheit Wirtschafts- und Finanzkrisen geben wird und
- dass seit 1990 Kürzungsfaktoren in die Rentenformel eingebaut wurden, wodurch die Durchschnittsrente bis heute um 30 Prozent auf mickrige 842 Euro gesenkt wurde.

Junge gegen Alte?

Die INSM und die Arbeitgeberverbände halten es für fair und gerecht, das Rentenniveau zu senken. Das sei im Interesse der jungen Generation, da andernfalls ihr Nettolohn wegen steigender Rentenbeiträge sinke. **Nichts als Krokodilstränen!**

Wer befristet denn Arbeitsverträge gerade für Junge, wer versorgt sie mit schlecht bezahlter Leiharbeit, Minijobs und unbezahlten Praktika? Würden die Unternehmer höhere Löhne zahlen und unbefristet einstellen, hätten junge Werktätige kein Problem damit, einen höheren Rentenbeitrag zu bezahlen. Die Jungen von heute sind die RentnerInnen von morgen. Auch sie haben kein Interesse an Armutsrenten im Alter.

Das Kapital tritt nicht im Interesse der Jungen für Rentenkürzungen ein, sondern weil es seine Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung senken will. Jeder Prozentpunkt weniger an Beiträgen, d.h. an Lohnkosten, erhöht die Profite um 6,5 Mrd. Euro. Das Interesse an Lohnsenkungen ist der Hauptgrund für Rentenkürzungen, nicht die unverschämten Ansprüche einer wachsenden Zahl von Alten gegenüber den jungen Menschen.

Die Generationen sollen gegeneinander aufgehetzt werden.

Die Arbeitgeber streben an,

- die Beitragssätze und damit die Renten noch weiter zu senken,
- die Rentenkosten auf die ArbeitnehmerInnen zu verlagern und
- gleichzeitig über die Privatisierung der Altersvorsorge die Gewinne der Versicherungskonzerne zu erhöhen.

Das alles dient ausschließlich der Erhöhung ihrer Profite

Alle bisher regierenden Parteien, ob CDU/CSU, SPD, FDP oder Grüne, stimmen dem zu. Ihre Argumente zum Rentenabbau entstammen besonders der INSM, dem Propaganda-Organ der Metall- und Elektroindustrie. Eine Rentenreform, die ihren Namen verdient, ist nur gegen diese Kräfte durchzusetzen.

**Der Kampf sollte nicht zwischen den Generationen stattfinden,
sondern zwischen Lohnarbeit und Kapital.**

Bündnis Rente zum Leben

- | | |
|---|---|
| ■ Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP) | ■ Klartext e.V. |
| ■ attac Aschaffenburg-Miltenberg | ■ LabourNet Germany |
| ■ attac Braunschweig | ■ Reinheimer Erwerbslosen-
gemeinschaft e.V. (REGE) |
| ■ attac Celle | ■ Rhein-Main-Bündnis gegen
Sozialabbau und Billiglöhne (RMB) |
| ■ attac Fulda | ■ Tacheles e.V. |
| ■ Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS) | ■ Zusammen e.V. |
| ■ DIE LINKE – KV AB u. Bayer. Untermain | ■ ... |
| ■ Erwerbslosen Forum Deutschland | |
| ■ Gruppe "Gnadenlos gerecht" Hannover | |

www.rente-zum-leben.de

V.i.S.d.P., Kontakt und Unterzeichnung durch Gruppen an: Michael Köster, Schumannstr. 51, 60325 Frankfurt
E-Mail d.v.s@t-online.de, Tel. 069 740169. Bestellung dieser Plattform als Flugblatt und weitere Materialien von www.rente-zum-leben.de über info@klartext-info.de.